

1.-Mai-Komitee müsste eine halbe Million bezahlen

Das 1.-Mai-Komitee soll die Kosten für den Einsatz der Polizei selber tragen. So wollen es die Bürgerlichen. Für das Fest und den Umzug bedeutete dies das Aus.

Markus Schwyn und Susi Gut von der Partei für Zürich (PfZ) haben gestern im Kantonsrat eine Einzelinitiative eingereicht. Darin fordern die beiden abgewählten Gemeinderäte, das 1.-Mai-Komitee müsse den Polizeieinsatz vom Samstag aus dem eigenen Sack bezahlen. Nötig ist dazu eine Ergänzung des kantonalen Polizeigesetzes: Bei bewilligten Veranstaltungen haben die Organisatoren gemäss PfZ-Vorschlag nur dann keine Kosten zu tragen, wenn es «bei Nachdemonstrationen nicht zu Sachschäden oder zu einem massiven Polizeieinsatz kommt». Heute gilt diese Regel nur, sofern die Veranstalter «nicht grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen». In Luzern ist man einen Schritt weiter. Der Kantonsrat hat im Winter ein Postulat an die Regierung überwiesen. Organisatoren sollen demnach die Vollkosten für die öffentliche Sicherheit mittragen, und zwar bei allen Veranstaltungen.

Die Bürgerlichen in Zürich orten eine Ungleichbehandlung: Dank dem neuen Polizeigesetz ist es seit diesem Jahr möglich, nach Ausschreitungen die Sportklubs zur Kasse zu bitten – nicht aber die Veranstalter politischer Manifestationen. Der FC Zürich hat im April eine erste Rechnung für einen Polizeieinsatz beim Spiel gegen Basel erhalten. 200 Mannstunden der Polizei gelten als Grundversorgung. Was darüber hinausgeht, wird verrechnet. Die Hooligans kosten die Stadt Zürich jährlich rund drei Millionen Franken. Auch der Polizeieinsatz am 1. Mai hat viel gekostet: Eine Schätzung des TA beläuft sich auf rund 500'000 Franken.

«Das wäre für uns nicht tragbar»

Die Überwälzung der Polizeikosten zöge einschneidende Folgen nach sich. «Das wäre für uns schlicht nicht tragbar», sagt Sprecherin Anna Klieber. Das Komitee habe keine Sponsoren. Faktisch, so Klieber, würde der PfZ-Vorschlag das Aus für den 1.-Mai-Umzug und das Fest danach bedeuten. Remo Schädler, Vizepräsident beim Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich, mahnt: «Das verfassungsmässig garantierte Demonstrationsrecht darf in keiner Art und Weise ausgehöhlt werden.» Gemeinderat Walter Angst (AL) ist der Ansicht, eine Kostenüberwälzung würde gegen die Verfassung verstossen. Den PfZ-Vorschlag bezeichnet er als «blöde Stimmungsmache». Es gebe ein Grundrecht auf Demonstrationen, aber keines auf Fussballspiele.

Trotz der Einwände hat die Einzelinitiative im Kantonsrat beste Chancen auf eine vorläufige Unterstützung; nötig sind hierfür 60 Stimmen. Das Anliegen geniesst nicht nur in der SVP Sympathien, sondern auch in der FDP und der CVP, die sich von ihrer Zustimmung eine vertiefte Debatte erhoffen. CVP-Fraktionschef Philipp Kutter ist mit dem 1.-Mai-Komitee «nicht zufrieden». Es müsse sich künftig von jeglicher Gewalt distanzieren. Dies fordert auch FDP-Fraktionschef Thomas Vogel. Im Zentrum steht die Frage, wie sich bei Krawallen die Verantwortlichkeiten sauber klären lassen. Kutter spricht von der Gefahr einer Sippenhaftung. Auch Vogel hält es für schwierig, einen «adäquaten Kausalzusammenhang zwischen Veranstaltern und Krawallen» herzuleiten. Am diesjährigen 1. Mai sieht er diese Wirkungskette aber als gegeben. Das 1.-Mai-Komitee habe den Festbeginn eigenmächtig auf den Nachmittag verlegt und so den Krawallanten ermöglicht, sich aus der Festgesellschaft heraus zu formieren.